



Landesamt für Umwelt  
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Dipl.-Ing. Georg Lahr-Eigen  
Motzstraße 59  
10777 Berlin

Bearb.: Frau Andrea Barenz  
Gesch-Z.: LFU-TOEB-  
3700/616+111#44033/2024  
Hausruf: +49 355 4991-1332  
Fax: +49 331 27548-2659  
Internet: [www.lfu.brandenburg.de](http://www.lfu.brandenburg.de)  
[TOEB@LfU.Brandenburg.de](mailto:TOEB@LfU.Brandenburg.de)

Cottbus, 05.02.2024

**Bebauungsplan "Ausbau Wernitzer Weg 5" Stadt Nauen OT Markee, LK HVL**  
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 20.12.2023
- Begründung, 15.12.2023
- Lärmimmissionsprognose
- Planzeichnung, 15.12.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Havelland.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 05.02.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:  
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:  
Seeburger Chaussee 2  
14476 Potsdam  
OT Groß Glienicke



**FORMBLATT**  
**Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren**  
**und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)**

**Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange**

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	<b>Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2</b>
Belang	<b>Immissionsschutz</b>
Vorhaben	<b>Bebauungsplan "Ausbau Wernitzer Weg 5" Stadt Nauen OT Markee, LK HVL</b>
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail: Aktenzeichen: (intern)	Maik Gruber T21 03391 838 537 TOEB@LfU.Brandenburg.de Stn. N041/23 T26

*Bitte zutreffendes ankreuzen  und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

<b>1. Einwendungen</b> Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

<b>2. Fachliche Stellungnahme</b>	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

## 1. Sachstand

Antragsgegenstand ist der Vorentwurf des Bebauungsplans (B-Plan) "Ausbau Wernitzer Weg 5" der Stadt Nauen für ihren OT<sup>1</sup> Markee.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans soll die Flurstücke 64 (tlw.), 66 (tlw.) und 322 der Flur 11 in der Gemarkung Markee umfassen.

Das Aufstellungsverfahren erfolgt im Regelverfahren nach § 8 BauGB<sup>2</sup>. Ziel der Aufstellung ist die Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Ansiedlung von Gewerbe im Plangebiet. Zu diesem Zweck wird ein Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO<sup>3</sup>, private Grünflächen sowie öffentliche Verkehrsflächen ausgewiesen.

Die erforderliche Anpassung des FNP<sup>4</sup> soll im Parallelverfahren erfolgen.

## 2. Stellungnahme

### Rechtsgrundlage

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)<sup>5</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm<sup>6</sup>. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm<sup>7</sup> zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft<sup>8</sup>. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>9</sup> ermittelt, mögliche Beeinträchtigungen durch Erschütterungen mittels der Erschütterungsleitlinie<sup>10</sup>. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

---

<sup>1</sup> OT = Ortsteil

<sup>2</sup> Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 28.7.2023 I Nr. 221

<sup>3</sup> Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)

<sup>4</sup> FNP - Flächennutzungsplan

<sup>5</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 15.03.1974, zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)

<sup>6</sup> Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)

<sup>7</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen – vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz Nr. 160 vom 1. September 1970)

<sup>8</sup> Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 24. Juli 2002, GMBI. 2002, Heft 25 – 29, S. 511 – 60, neu gefasst am 18.08.2021 (GMBI Nr. 48-54/2021 S. 1050ff)

<sup>9</sup> Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, (ABI./14, [Nr. 21], S.691), zuletzt geändert durch Erlass des MLUK vom 17. September 2021, (ABI./21, [Nr. 40], S.779)

<sup>10</sup> Leitlinie zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsmissionen (Erschütterungs-Leitlinie) vom 10.01.2022

### Planumfeld

Das Plangebiet befindet sich etwa 700 m östlich der im Zusammenhang bebauten Ortslage Markau (Stadt Nauen, Ortsteil Markee) unmittelbar an der Gabelung der Straße Ausbau Wernitzer Weg / Niederhofer Weg. Das Stadtzentrum Nauen liegt etwa 4 km entfernt und ist über von den aneinander-grenzenden Ortslagen Markau und Markee über die Landesstraße L 86 direkt zu erreichen. Die Bundesstraße B 5 verläuft nordöstlich in einer Entfernung von etwa 1,6 km.

Das Flurstück 322 ist mit verfallenen Gebäuden einer ehemaligen Tierhaltungsanlage bestanden, welche im Zuge der Planumsetzung entfernt werden sollen. Das Planumfeld lässt sich wie folgt beschreiben: im Norden begrenzt der Niederhofer Weg, im Süden der Ausbau Wernsdorfer Weg das Plangebiet. Im Südosten grenzt eine Splittersiedlung im Außenbereich an, ansonsten umgeben Flächen für die Landwirtschaft das Plangebiet.

Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird erfüllt.

### Schutzanspruch

Dem Gewerbegebiet werden in Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 die Orientierungswerte von 65 dB(A) am Tag, 50 dB(A) nachts bzw. 55 dB(A) nachts für Verkehrslärm zugeordnet.

### Immissionssituation

Vom Plangebiet gehen bei üblicher Nutzung Emissionen aus, die grundsätzlich geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen.

Auf das Plangebiet wirken im Wesentlichen Geräuschimmissionen durch den Fahrverkehr auf den angrenzenden Straßen sowie durch die im Umfeld bestehenden WEA<sup>11</sup> ein.

Entsprechend wurde den Unterlagen eine Lärmprognose beigefügt (Immissionsprognose des Gewerbelärms, Projekt Nr. 09052/5/01/3 vom 29.11.2023 der Ingenieurgesellschaft BBP Bauconsulting mbH Berlin).

Ich erachte die v. g. Prognose für teilweise nachvollziehbar. Auf Grund der Vielzahl der im Umfeld bestehenden WEA halte ich allerdings hier eine exakte Berücksichtigung der Vorbelastung für erforderlich. Die entsprechenden Angaben können beim LfU, Referat T26 unter Tel.: 03320/1442-331 (Frau Genthe) oder 033201/442-685 (Herr Krüger) abgefragt werden.

Eine unzulässige Beeinträchtigung des Plangebiets durch Straßenverkehr kann ausgeschlossen werden.

### Umweltbericht

Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft.

Den entsprechenden Ausführungen kann überwiegend gefolgt werden. Lediglich die Aussagen bezüglich der Vorbelastung durch die bestehenden WEA bitte ich entsprechend der Ausführungen unter Punkt „Immissionssituation“ bzw. nach Überarbeitung der Lärmprognose anzupassen.

### **3. Fazit**

Sollte auch bei Berücksichtigung der exakten Vorbelastung durch die bestehenden WEA keine Richtwertüberschreitung berechnet werden, kann dem Vorhaben hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre

---

<sup>11</sup> WEA = Windenergieanlagen

Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.

Maik Gruber

Dieses Dokument wurde am 05.02.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.